CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Thomas Bareiß MdB
Vorsitzender der
Arbeitsgruppe Verkehr

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-73783
F 030. 227-76783

thomas.bareiss@bundestag.de
www.cducsu.de

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Berlin, 02.01.2024

Historische Kostensteigerung und Verteuerung der Mobilität in 2024

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Verkehrshaushalt ist der größte Investitionsetat in Deutschland und damit maßgebliche Stütze für die deutsche Wirtschaft. Gerade in Krisenzeiten kommt Investitionen in diese Infrastruktur eine besondere Rolle zu. Immer wieder ist die dringend notwendige Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der öffentlichen Diskussion. Während in den letzten Legislaturperioden ein massiver Hochlauf bei Straße- und vor allem Schieneninfrastruktur erfolgte, ist die Ampel-Regierung weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Preisbereinigt blieb die Ampel-Regierung bisher immer hinter den Investitionen des Jahres 2021 zurück. Damit wird die Ampel nicht zum Beschleuniger, sondern leider zum Bremser im Bereich der Verkehrsinfrastruktur.

Der Verkehrsetat steigt nach derzeitigem Stand im Jahr 2024 um drei Milliarden Euro auf 38,7 Milliarden Euro an. Mit diesem Zuwachs von knapp acht Prozent werden nicht einmal die prognostizierten Baukostensteigerungen von ca. 15 Prozent aufgefangen. Für die Verkehrsinfrastruktur ist die Ampel-Regierung ein Rückschritt und wird der allgemeinen Erwartung, Sanierung und Erweiterung schneller voranzubringen, keineswegs gerecht.

Die jüngsten Beschlüsse der Regierungskoalition führen zu rekordhaltigen Mehreinnahmen durch den Verkehrsbereich und damit zu einer zusätzlich hohen finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Mobilität. Im Einzelnen sind das:

Luftverkehr / Erhöhung der Luftverkehrsteuer

Fluggäste werden durch eine Erhöhung der Luftverkehrsteuer pro Flug deutlich mehr zahlen müssen. Die Steuer betrifft alle Flüge, die von einem deutschen Flughafen starten. Geplant ist insgesamt eine Mehrbelastung von bis zu

600 Millionen Euro und damit eine Erhöhung der Ticketsteuer um rund 50 Prozent.

Darüber hinaus ist bereits beschlossen, dass sich die Luftsicherheitsgebühren in den kommenden Jahren schrittweise erhöhen werden. Der bisherige Betrag pro Passagier und Flug war auf zehn Euro begrenzt. Zukünftig soll die Obergrenze zuerst auf 15 Euro und in einem zweiten Schritt auf 20 Euro angehoben werden.

Und das, obwohl die Standortkosten in Deutschland schon jetzt die höchsten in ganz Europa sind. Die Erhöhung der Luftverkehrsteuer wird dem Luftverkehrs-standort Deutschland erheblichen Schaden zufügen und die Anbindung unserer Städte an Europa und die Welt weiter einschränken. Schon heute hat sich der Luftverkehrsstandort Deutschland nach der Pandemie im Vergleich zu allen anderen europäischen Ländern am schlechtesten entwickelt.

Ende des Umweltbonus für E-Autos

Die kurzfristig verkündete Streichung der E-Auto Prämie wird die jetzt schon schleppenden Verkaufszahlen der Elektromobilität zum Absturz bringen. Die Ampel-Regierung hat damit ihr selbst gestecktes Ziel von 15 Millionen Elektro-Fahrzeugen de facto aufgegeben. Statt Maßnahmen zu ergreifen den schleppenden Abverkauf an E-Autos zu beschleunigen, verschärft die Koalition die Lage für die Automobilbranche und die Zulieferindustrie. Das ist ein herber Schlag für den Ausbau klimafreundlicher Mobilität. Durch den überhasteten Ausstieg ist ein großer Vertrauensschaden entstanden.

Tanken wird teurer

Die von der Koalition geplante noch stärkere Anhebung des CO_2-Preises auf 45 Euro / to, statt der bisher vorgesehenen 40 Euro / to, wird sich direkt auf die Benzin- und Dieselpreise auswirken. Insgesamt erhöht sich der Literpreis einschließlich der bereits beschlossenen Anhebung von 2023 auf 2024 um rund 4,3 Cent für Benziner. Diesel-Fahrer müssen mit zusätzlichen 1,6 Cent gegenüber den ursprünglichen Planungen rechnen, so dass sich der Liter Diesel um rund 4,7 Cent gegenüber 2023 verteuern dürfte. Dies führt bei einer durchschnittlichen Tank- und Fahrleistung zu ca. 50 bis 60 Euro Mehrkosten pro Jahr. Insgesamt ist mit einer Mehrbelastung von 4,6 Milliarden Euro durch die kraftstoffbezogene CO_2 Preis Erhöhung auszugehen. Insbesondere trifft diese Maßnahme die ländlichen Räume.

Reduzierung der Regionalisierungsmittel

Die Regionalisierungsmittel zur Unterstützung der kommunalen Finanzierung des ÖPNV-Angebots sollen um 350 Millionen Euro reduziert werden. Bei der erst kurz vor der Weihnachtspause angekündigten Kürzung dürfte es sich um die Streichung des Übertrags von Restmitteln aus dem „49-Euro-Ticket" aus dem Jahr 2023 auf das Jahr 2024 handeln. Der aktuelle Preis für das „49-Euro-Ticket" dürfte damit im kommenden Jahr nicht mehr zu halten sein. Damit wird die ÖPNV-Finanzierung, trotz drückender Kostensteigerungen bei Personal und Energie, weiter belastet. Zwangsläufig wird eine signifikante Verteuerung des Angebots des öffentlichen Nahverkehrs durch Bus und Bahn unvermeidbar sein.

Deutliche Preiserhöhung bei der Bahn

Mit dem Fahrplanwechsel am 10. Dezember 2023 ist das Bahnfahren teurer geworden. Die Deutsche Bahn hat wieder einmal die Preise erhöht. So wurden zum Beispiel die sogenannten Flexticket-Preise im Schnitt um 4,9 % erhöht. Auch die Kosten für die BahnCard 25 sind gestiegen.

Drastische LKW-Maut Erhöhung

Durch die drastische Erhöhung der LKW-Maut ab dem 1.12.2023 werden Wirtschaft und Bürger zusätzlich stark belastet. Der Verkehrsminister hat den aus Brüssel vorgegebenen Spielraum maximal ausgereizt und sich für den CO_2-Aufschlag von 200 Euro / to entschieden. Im Jahr 2024 werden sich die Maut-Einnahmen von 7,8 Milliarden Euro auf rund 15,2 Milliarden Euro pro Jahr verdoppeln. Bis 2027 wird die Ampel Mehreinnahmen von insgesamt 30 Milliarden Euro erzielen. Das wird zu einem zusätzlichen Anstieg der Verbraucherpreise führen. Der Staat wird zum Inflationstreiber.

Außerdem ärgerlich: Bundesminister Wissing verletzt den bisher geltenden Grundsatz „Straße finanziert Straße" und missachtet Transparenz und Klarheit im Verkehrshaushalt. Nur ein Teil der Maut-Mehreinnahmen sollen zukünftig in die Straßeninfrastruktur gehen. Erstmals soll mit einem Teil der Mauteinnahmen auch die Schieneninfrastruktur finanziert werden. Der Verkehrsetat steigt zudem nur um ca. drei Milliarden Euro, obwohl allein die Erhöhung der LKW -Maut ca. 7,4 Milliarden Euro mehr einbringt. Ein Großteil der Mauterhöhung dient zum Stopfen allgemeiner Haushaltslöcher.

Mobilität bedeutet Freiheit!

Allein die Beschlüsse im Verkehrsbereich zur Anhebung der LKW-Maut und der Luftverkehrsteuer, die Kürzung der Regionalisierungsmittel, der Wegfall von Agrardiesel und Kfz-Steuerbefreiung bei Landwirten werden die Bundesbürger 2024 mit **insgesamt ca. 15 Milliarden Euro jährlich mehr belasten**. Gerade der Mittelstand und die mittleren Einkommensgruppen sind von diesen Maßnahmen besonders stark betroffen.

Durch diese Mehrbelastung wird Mobilität für immer mehr Menschen zum Kosten-Problem. Mobilität wird durch politische Rahmenbedingungen Schritt für Schritt eingeschränkt. Die Folge: Auch die persönliche **Freiheit geht zurück**. Und das alles ausgelöst durch die Politik eines Bundesverkehrsministers und eines Bundesfinanzministers, die beide der FDP angehören.

Die heimische Wirtschaft wird damit in der aktuellen Krise zusätzlich belastet.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Bareiß MdB